

# Hallesche Zeitung

## Hallesche Neueste Nachrichten · Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Hallesche Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis (einschl. Porto) beträgt 2.00 Reichsmark. Der halbjährliche Preis 10.00 Reichsmark. Der vierteljährliche Preis 5.00 Reichsmark. Der tägliche Einzelverkauf zu 10 Pfennigen. Die Hallesche Zeitung wird nach dem Tarif für Zeitungsdruck bezahlt. Die Hallesche Zeitung wird nach dem Tarif für Zeitungsdruck bezahlt. Die Hallesche Zeitung wird nach dem Tarif für Zeitungsdruck bezahlt.

### Neues in Kürze.

Der Reichsfinanzminister, der sich zu vorübergehendem Erholungsurlaub nach Spanien begeben hat, hat vor seiner Abreise einen neuen Antrag der Beamtenorganisationen auf allgemeine Anordnung der dreijährigen Vorauszahlung in den Beamtengehältern abgelehnt.

Der Personalabbau in den Ministerien ist in vollem Gange. Die Reichshofjäger-Verordnungen sind bisher nur vor dem Auswärtigen Amt Streifenmann hat.

Die Londoner „Times“ melden: Der Verwaltungsrat der deutschen Reichsbahn tritt kommenden Dienstag in Berlin zusammen, um sich mit den neuerlichen Vorschlägen des Reiches hinsichtlich Umänderung des Statuts der Reichsbahn zu befassen. Es ist in Aussicht genommen, diesmal zu einer abschließenden und endgültigen Entscheidung zu kommen.

In Berlin fanden wieder große Erwerbslosen-demonstrationen in den letzten Tagen statt. Starke kommunistische Formationen forderten eine recht lange Sitzung jedes normalen Straßenverkehrs. In Eichenberg fanden Verarmungen der Erwerbslosen in Verbindung mit den radikalen Betriebsräten statt, in denen Protest gegen die immer weitere Hinauszögerung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung erhoben wurde.

Die Warschauer Presse läßt sich die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsverhandlungen zum 27. September weiden. Die polnische Delegation soll den Wunsch geäußert haben, sofort mit den Verhandlungen über das Niederlassungs- und Handelsrecht zu beginnen. Die polnische Delegation habe diesmal besondere Vollmachten erhalten, um den Zollkrieg mit Deutschland zu beenden, wenn nur die allerwichtigsten wirtschaftlichen Forderungen von Deutschland angenommen würden.

Zwischen dem Deutschen Reich und Afghanistan ist ein Freundschaftsvertrag nach dem üblichen Muster abgeschlossen worden. Die Unterzeichnung fand in Kabul durch den deutschen Gesandten statt.

In diesen Tagen sind in Paris zwei Zeitungen in deutscher Sprache, die „Pariser Deutsche Zeitung“ und die „Neue Pariser Zeitung“ zum ersten Male erschienen. Beide Blätter gelangen wahrscheinlich zur Ausgabe.

Gestern Abend veranstaltete der Weltbund der Christlichen Studenten in Genf einen „Deutschen Abend“, an dem eine größere Anzahl Mitglieder der deutschen Delegation teilnahmen. An Stelle des letzten Ausschusses verbanden Reichsminister Dr. Stresemann hielt Staatsrechtler von Rheinbaben die Hofrede. Ein Diner und ein Konzert eines Münchener Kammerorchesters vervollständigten die festliche Veranstaltung.

Eine internationale Missionenkonferenz, die sich mit afrikanischen Erziehungstragen befaßt, ist in Le Zoute an der belgischen Küste. Unter den 250 Delegierten sind die protestantischen Missionen von Deutschland, Amerika, England, Australien, Frankreich, Belgien und der Schweiz vertreten, die in Afrika tätig sind.

Wie aus Saragossa gemeldet wird, ist das Auto des Königs von Spanien mit einem anderen Auto zusammengestoßen und beschädigt worden. Der König blieb unverletzt.

Der spanische König hat einen Erlass unterzeichnet, durch den sämtliche Militärkolonnen, die sich sofort auf die erste Aufforderung hin den Schützen unterwerfen haben, von den gegen die übrigen Offiziere ihrer Waffe verhängten Strafmaßnahmen ausgenommen werden.

Die Reichsfinanzminister hat gestern die zweite geordnete Veranlagung aufgestellt und den Staatsertrag verlegt — ein sehr ernstes Zeichen für die Gürtung in Indien.

Die Kantonsregierung soll mit dem General Zang, dem Führer der 5. Provinzen am Jungtsekiang, in Verhandlungen über die Bildung eines neuen großen jüdischen Reiches eingetreten sein.

### „Weltfrieden“ und Wirklichkeit.

#### Kein Besatzungsabbau.

Das „Echo de Paris“ meldet über die gestrige Sitzung des Obersten Militärkabinetts in Versailles, er habe an seinem vor vier Wochen erstellten Gutachten festgehalten, das sich gegen einen weiteren Abbau der Besatzungstruppen am Rhein ausgesprochen hatte.

Als Koblenz wird gemeldet: Die alliierten Truppen haben zum 1. Oktober für 29 neu-entnommenen Offiziersfamilien Wohnungen angefordert. Ingesamt kam in Koblenz die Kapazität der Besatzungshäuser unverändert gleich hart, wie sie vor der ersten Vorkonferenz gewesen sind.

Eine Berliner Zeitung meldet: Der Leiter des Referats für Besatzungsfragen im Auswärtigen Amt, vortragender Legationsrat von Friedberg, ist in Genf eingetroffen.

#### Deutsch-nationale Locarno-Anfrage.

Im Preussischen Landtag ist eine kleine Anfrage des Abg. Wagem (Dn.) eingegangen, in der das Staatsministerium um eine im Einvernehmen mit der Reichsregierung zu fassende Stellungnahme zu jenen Zeitungsartikeln ersucht wird, nach denen von französischer Seite die Forderung auf Aufhebung der Locarno-Verträge von über 4000 Mann erhoben und weiter verlegt worden sei. Die parlamentarische Verbotskommission Frankreichs anerkennt, die Verwirklichung von Vorkonferenzen über den Rheinreinstrom und die Besatzungsverhältnisse eingeleitet, die Tätigkeit der vaterländischen Verbände beschränkt werde usw. Insbesondere wird das Staatsministerium gefragt, ob es sich in der Tat vor dem Verleugern Frankreichs, auch den letzten Akt der sogenannten Locarno-Verpflichtung angen zu entscheiden, und wie es im Einvernehmen mit der Reichsregierung abende, die begründeten Reichsanträge eines überwiegend seiner Forderungen anerkannt Gebietes zu sichern.

#### Frankreichs neue Unterseeboote.

Anfang 1928 wird die französische Flotte über jedoch neue Unterseeboote von sehr hohem Kampfwert verfügen. Sechs davon sind bereits in den Dienst gestellt worden. Sie haben eine Wasserdrängung von 1150 Tonnen bei Fahrt an der Oberfläche und von 1500 Tonnen, wenn sie völlig untertauchen. Die Maschinen entwickeln 2900 Pferdekraft. Die Schnellfahigkeit beträgt 16 Knoten bei Fahrt an der Oberfläche und 10 Knoten unter Wasser. Sie besitzen zehn Torpedolancierrohre, 32 Torpedos und ein 100-Millimeter-Geschütz. Der Betriebsstoff für die Maschinen reicht für 30 Tage, und der Aktionsradius beträgt 13 000 Kilometer bei neun Knoten Fahrt. Außer diesen Unterseebooten werden gegenwärtig noch zwei Unterseeboote von je 3000 Tonnen fertiggestellt, ferner sechs Minenleger-Unterseeboote und 12 kleine Unterseeboote von je 600 Tonnen, die für die eigentliche Küstenverteidigung bestimmt sind.

Im polnischen Kriegesgelingen Gelingen sind zwei weitere französische Kriegsschiffe eingelaufen. Es wurden beim Empfang Feste gemacht, in denen die Waffenbrüder der Polen und

#### Die Schwierigkeiten der Wahlen in Genf.

Wie schwierig sich der Wahlmodus in Genf gestaltet, geht daraus hervor, daß sich die Wahlen in drei Etappen vollziehen werden. Zunächst werden neun nichtständige Mitglieder für den Wählerbundart gewählt. Dann ist festzustellen, welche von den neuen Mitgliedern auf drei, auf zwei und auf ein Jahr gewählt werden und endlich ist zu bestimmen, welche Mitglieder mit dem Präsident der Wählerbundart auszuscheiden sind. Hiernach werden sich die Wahlen voraussichtlich auf zwei Tage erstrecken. Eine Eigentümlichkeit ist es, daß diejenigen Staaten, die das Präsident der Wählerbundart erhalten wollen, sich selbst zur Wahl zu stellen und die Kandidatur für die Wählerbundart zu vertreten haben.

Frankreich geleitet wurde. In Gelingen wird jetzt ein Mittelreiseabschiffen gebaut, im kommenden Jahre wird Gelingen Station eines polnischen Bombenflugzeuges werden!

Der „Matin“ meldet aus Madrid: Die Spanier setzen ihren Küdtransport aus Marokko fort. Scheichan liegt schon weit außerhalb der spanischen Grenze. Wenn der Küdzug im gleichen Tempo wie bisher fortgeht, ohne daß rechtzeitig französische Ergänzungen einrücken, dann kann leicht für die französische Armee eine Situation entstehen, die die noch aufständigen marokkanischen Stämme ermuntern wird, den Kampf wieder aufzunehmen.

Erstmals der Kaiser erklärte einen französischen Besatzungsgebiet, daß Spanien die Marokkoprovinz nicht aufgeben werde.

Die englische Admiralität hat bei Bickers ein großes U-Bootmuttergeschiff in Auftrag gegeben. Das Schiff, das mit Zwillingsgeschützen ausgestattet wird, erhält doppelwirkende Verbrennungskraftmaschinen, die auf Grund von Dampfen der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg in England gebaut werden.

Auf dem Flugplatz von Heliopolis in Ägypten ist ein Geschwader englischer Flugzeuge, die mit je 25 Siben als Truppentransportmittel ausgerüstet sind, zu einem Leberungsferntzug nach dem englischen Kriegsschiffen (Kotes Meer) gestartet.

Die britischen Kreuzer „Castor“ und „Corrosford“ sind gestern von England nach Hongkong abgegangen.

Der französische Dampfer „Sanna“ ist auf dem Kanale von Truppen der Kantonsarmee beschossen worden. Es verlautet, daß die Truppen des Marfahs Wuepui verhaftet worden sind und sich darauf vorbereiten, die Offensiv gegen die Kantontuppen wieder aufzunehmen.

Gestern vormittag unternahm ein Korcorer einen Bombenanflug auf das japanische Konsulat in Schanghai. Durch die Explosion wurde ein Mädchen getötet. Der angerichtete Schaden ist gering. Das Attentat gilt für ein politisches, Schanghai ist das Hauptquartier der Anarchisten.

Zu der Resolution in Nicaragua (Mittelamerika) wird gemeldet: Die Aufständischen haben die Jollition El Bluff zum Lande und von der See aus besetzt. Es werden vereinzelt Schiffe geschickt. Lokisten beschlagnahmte ein venezolanischer General an Bord eines norwegischen Dampfers, der von einer amerikanischen Firma gemietet worden ist, flugzeugbesetzt und Flugzeugteile, die für die Regierung von Nicaragua bestimmt waren.

Die „Chicago Tribune“ berichtet aus Mexiko über einen Indianerüberfall auf den Zug, in dem sich der frühere Präsident General Obregon befand. Es entspann sich ein dreitägiger Kampf zwischen den Angreifern und den Truppen, die den Zug begleiteten. General Obregon wurde gefangenommen. Er soll inzwischen wieder freigelassen worden sein. Man nimmt an, daß der Anschlag unternommen worden ist, weil General Obregon für die kürzlich erfolgte Verhaftung mehrerer Führer der Sacqui-Indianer als verantwortlich angesehen wurde.

In der gestrigen Sitzung der Wählerbundversammlung wurde die Vorlage über die Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder nach langer, teilweise recht erregter Debatte einstimmig angenommen. Verwirrungen der Angehörigen war insbesondere der schwebende Ausnahmefall Obregon. Auch der belgische Vertreter ließ bei allem Optimismus eine gewisse Verunsicherung über die Aufrechterhaltung des demokratischen Charakters des Wählerbundes durch Veranordnung einzelner Staaten durchblicken. Aussehen erregte es, als der irische Minister des Neuesten Mitglieder der Kandidatur Irlands für einen nichtständigen Ratsfaher aufstellte. Der Vertreter Chinas trat ebenfalls mit dem Antrag auf einen nichtständigen Ratsfaher auf. Schließlich wurde die Vorlage auch von ihren grundsätzlichen Gegnern angenommen, weil sie der einzige Weg ist, eine Wählerbundstiftung zu vermeiden.

### Erste Genfer Wahlergebnisse.

Aus dem ersten Wahlgang für die nichtständigen Ratsfaher gehen jetzt der zu wählenden neun nur acht Staaten als gemäßigt hervor, so daß ein zweiter Wahlgang für den neunten nichtständigen Ratsfaher nötig geworden ist.

Die acht im ersten Wahlgang gewählten Ratsfaher sind: Kolumbien mit 46 von 49 Stimmen, Polen mit 45 Stimmen, Chile mit 43, Schweden mit 42, Belgien mit 41, Rumänien mit 41, Holland mit 37 und China mit 29 Stimmen.

Die absolute Mehrheit, die für die Zuteilung eines nichtständigen Ratsfahers entscheidend ist, beträgt 25. Es entfielen außerdem auf die Tschechoslowakei 23, Serbien 20, Portugal 16, Finnland 14, Island 10, Uruguay 9, Dänemark 2, Siam 2, Estland 2, Kanada 2 Stimmen.

Im zweiten Wahlgang wurde die Tschechoslowakei mit 27 von 49 Stimmen als neuntes nichtständiges Ratsmitglied gewählt. Ebenan begann der zweite Wahlgang zur Bestimmung der dreijährigen Mandate.

Nach Schluß der Tagung erwartet man in Genf weitere Austrittserklärungen, besonders von denjenigen Staaten, die keinen Ratsfaher erhalten.

### Der englische Bergarbeiterstreik.

(Von unserem Londoner Vertreter.)

Die jüngste Vermittlungssession der Regierung im Bergarbeiterstreik hat wiederum keinen Erfolg gezeitigt. Die Direktverbände der Unternehmer haben die Einleitung Churchills, ihre Vertreter zu Verhandlungen mit den Bergarbeitern auf Basis eines nationalen Abkommens zu beauftragen, glatt abgelehnt. Der Umstand, daß Churchill auf Grund seiner vorausgegangenen Besprechungen mit den Vertretern der Bergarbeiter den Unternehmern ein Nachgeben der Arbeiter, wenn nicht in der Arbeitszeit, so doch in der Lohnfrage in Aussicht stellen konnte, hat die Unternehmer nicht bewegt, ihrerseits das geringe Zugeständnis zu machen. Sie bestehen auf Vorkonferenzen, Arbeitserleichterung und Differenzregelung. Mit anderen Worten: auf rückhaltloser Kapitulierung der Arbeiter auf der ganzen Linie.

Die Haltung der Bergwerksbesitzer besteht an, daß sie den Widerstand der Arbeiter für gebrochen halten und mit dem bevorstehenden völligen Zusammenbruch des Streiks rechnen. Aber ein geschlagener und erlittener Deter von Arbeitern, das schließlich durch Hunger und Verzweiflung in die Gruben zurückgedrängt wird, ist nicht geteilt, die angestrebte Hebung der Kohlenförderung zu gewährleisten. Auch ist die Niederlage der Arbeiter noch nicht Tatsache geworden. Die Spenden, namentlich aus dem Ausland, sollen reichlicher als je fließen, und wenn die Versicherungen der Führer kein leeres Bluff sind, so kann der Streik noch auf längere Zeit fortgesetzt werden. Zuzufügen ist, daß die Rückkehrbewegung in die Gruben sich nach wie vor in beschränktem Grade hält. Schließlich hat die Hartnäckigkeit der Unternehmer die Stellung der Arbeiter insofern gestärkt, als Presse und öffentliche Meinung mehr und mehr für die Arbeiter Partei nehmen.

Die Sympathien der liberalen Zeitungen fanden ja schon seit Beginn des Konfliktes auf Seiten der Bergarbeiter. Nach der Weigerung der Unternehmer, auf nationaler Basis zu verhandeln, haben sich auch einige konservative Blätter unabweisend gegen die Unternehmer Stellung genommen, und sowohl „Times“ als „Observer“ kritisierten deren unbedingte Haltung in scharfen Worten. Man darf in diesem Zusammenhang der Bergwerksbesitzer in der Vergangenheit, ihre Unfähigkeit, die Minen rechtzeitig zu modernisieren und rentabel zu gestalten, und die Kurzsichtigkeit ihrer Wirtschaft, die in den Jahren günstiger Konjunktur nur auf den Gewinn des Augenblicks bedacht war und keinerlei Reformen und Verbesserungen für die Zukunft sah, viel zu dem Verfall der britischen Kohlenindustrie beigetragen haben.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Regierung zu der Weigerung der Unternehmer stellen wird, irgendwelche Konzessionen zu machen. Churchill hat bereits mit der Zustimmung des Ausschusses beauftragt, das unter Berücksichtigung der eingetragenen wurde, die die Unter-

nehmer nicht erfüllt haben. In seiner Besprechung mit den Unternehmern am 8. September erklärte Ehrlich ausweichend: „Wenn Sie sich weigern, zu verhandeln, so ist es klar, daß die Regierung einer solchen Weigerung gegenüber nicht untätig bleiben kann. Die Regierung ist in den letzten Tagen aus ihrer Jurisdiktion herausgetreten und hat das Vorhandensein einer neuen Situation anerkannt. (Dies bezieht sich auf die Forderung der Arbeitgeber, in der Lohnfrage mit sich reden zu lassen). Die volle Macht der Regierung liegt hinter dieser Situation. Es ist möglich, daß Sie sich in dieser Hinsicht keinen Täuschungen hingeben, denn die Regierung trägt eine große Verantwortung in dieser Sache. Wenn Ihre Weigerung, auf nationaler Basis zu verhandeln, Ihr letztes Wort sein sollte, dann bin ich mit vollkommenem Recht darüber, daß die Regierung auf eigene Faust und ohne Sie vorgehen muß.“

Daraus ergibt sich sehr deutlich, wie Ehrlich über die Lage denkt. Es fragt sich nur, was die Regierung tun kann, um ihre Autorität den Unternehmern gegenüber zur Geltung zu bringen. Man darf nicht übersehen, daß sie in allem, was sie tut, auf die Unterstützung der konservativen Partei angewiesen ist und daß es nicht leicht sein wird, die Zustimmung eines großen Teils der Konföderation zu irgendwelchen Maßnahmen zu erlangen, die das Selbstbestimmungsrecht der Unternehmer in einem wesentlichen Punkte anfaßt. Das Dilemma ist dieses: Die Lage hat sich so zugespitzt, daß die Regierung etwas tun muß. Die Unternehmer in allen Industriezweigen behaupten die Regierung um ihre Intervention. Die Regierung möchte die Interessen der Arbeitnehmer befürworten, aber sie kann es nur, indem sie in gewisse Unternehmerprivilegien eingreift und einen Präzedenzfall schafft, der an Prinzipien von grundlegender Bedeutung rührt.

Möglichstweise wird das in Aussicht genommene neue Gewerkschaftsgesetz, das die Rechte der Gewerkschaften erheblich einschränkt, eine Rolle bei dem Versuch spielen, das Problem zu lösen. Die Regierung könnte durch das Verbot der baldigen Einbringung des Gesetzes die Bergarbeiter zu Zugeständnissen zu bewegen suchen. Oder sie könnte ihre Absicht kundtun, das Gesetz, über dessen Zweckmäßigkeit die Meinungen auch im Kabinett auseinandergehen, ganz fallen zu lassen. Sie könnte also entweder das Gesetz als Dummheit oder die Preisgabe des Gesetzes als Drohung in die Äpfel werfen.

Inzwischen wird sich der Bergarbeiterstreik, der nun fast zwanzig Wochen andauert, fortwähren. Nach der vor einigen Tagen veröffentlichten Statistik des Handelsamtes für den Monat August ist die Einfuhr weiter gestiegen, die Ausfuhr weiter gefallen, und das Mißverhältnis droht sich zur Katastrophe auszuweiten.

#### A. S. U. I. e.

Nach den Ausweisen des englischen Schatzamtes für die Zeit vom 1. April bis 31. Sept. 1926 betragen die Einnahmen 787.567.171 Pfund Sterling, die Ausgaben 753.170 Pfund. In der gleichen Periode des Vorjahres betragen die Einnahmen 719.961.569 Pfund, die Ausgaben 751.424.400 Pfund.

Der Haufe Rücklagen der Einnahmen ist betrübend gering auf den Rücklagen der Einkommensteuer und auf den Rücklagen des Einkommensteuervoranschlags um 6 Millionen Pfund zurückzuführen, die durch die wirtschaftliche Depression infolge des Generalstreiks und des Streiks in den Schiffen, Bergwerken vermindert sind. Laut „Wirtschaftlicher Gazette“ hat der Streik der Bergarbeiter bisher 350.000.000 Pfund = 7 Milliarden Mark gekostet.

Das englische Flugzeugmuttergeschäft Hermes ist von der in Ägypten stützenden Nationalisten Flotte abkommandiert worden und wird heute in Malta arretiert. Nach der Einnahme von Del und anderen Dörfern wird es ohne Verzug nach Hongkong in See gehen.

## Reichsregierung und Dawesplan.

### Interessante Erklärungen des Reichsmittelstaatsministers.

Auf der Großhaushaltsung in Düsseldorf führte der Reichsmittelstaatsminister Dr. Curtius (Ddp.) u. a. aus: „Wir haben vor wenigen Tagen das zweite Reparationsjahr erfüllt, das nach dem Zweck: Währungsstabilisierung der deutschen Wirtschaft noch eine Atempause lassen sollte, in Wahrheit aber ein schwerer Krampf, die wir zu durchgemacht haben, mit sich gebracht hat. Das dritte Reparationsjahr legt uns Verpflichtungen von 1.500.000.000 Goldmark auf, die in einem in den vergangenen 3 Jahren technisch immer feiner ausgearbeiteten Spinnennetz der deutschen Wirtschaft entzogen und fremden Wirtschaften zugeführt werden sollen.“

Die Stellung der Reichsregierung zum Dawesplan und seiner Ausföhrung ist bekannt. Noch jüngst in Dresden hat der Herr Reichsmittelstaatsminister sie erneut formuliert. Ich habe jedoch folgendes hinzuzufügen: Die Diskussion über die Grundlagen des Dawesplanes und seine Ausföhrung sind im Ausland im vollen Gang. Im Inland dagegen entspricht die Besprechung mit diesen Fragen keineswegs der überragenden Bedeutung, die sie für das Schicksal der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes haben.

Ich rede damit keiner Agitation gegen den Dawesplan das Wort. Wohl aber möchte ich eine stärkere Berücksichtigung der maßgebenden Wirtschaftskreise als rein wirtschaftlichen, lebenshaltigen, wirtschaftlichen Unterfragen der tatsächlichen Wirkungen des Dawesplans in Richtung auf die deutsche Leistungsfähigkeit einerseits, die Aufnahmefähigkeit des Auslandes für die deutschen Leistungen andererseits und nach vorfristig abgemessener Prüfung der zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten.

Wie die öffentliche Diskussion aber auch verlaufen möge, jedenfalls ist hier eine ganz besondere, der mit dem Dawesplan zusammenhängende Gegenstand fortwährend ersterer Untersuchungen der in Betracht kommenden Reichsteile, die die Zuziehung der Wirtschaft zu diesen Fragen nicht entbehren können.

### Die Pläne der Reichsregierung.

Nach den heute bekanntgegebenen Dispositionen trifft der Außenminister Stresemann am Donnerstag kommenden Woche wieder in Berlin ein. Am Freitag kommenden Woche wird dann der große Kabinettsrat stattfinden.

Das in der Regierungserklärung des Reichsmittelstaatsministers angelegentlichste Reichsmittelstaatsminister ist nicht die Berücksichtigung der Wahlkreise, wohl aber die Heraushebung der Altersgrenze der Wahlberechtigten.

Die wichtigsten weiteren Vorlagen sind das Gesetz betreffend Berechtigungen der Beamten in der Reichswehr und das Gesetz über die Berechtigungen der Reichswehrangehörigen. Beide Vorlagen liegen seit wenigen Tagen dem Kabinettsrat vor.

Die Klagenfrage bleibt weiter in der Schwebe. Es sind noch keinerlei entscheidende Schritte des Reichskabinetts erfolgt. Im „Botschafter“ war schon vor wenigen Tagen gerade die Klagenfrage als eine der Hauptvorlagen für das Wohlwollen der Sozialdemokratie gegenüber dem Winderheitskabinettsrat Marz deutlich bezeichnet worden.

## Die Reform im Reichsfinanzministerium.

Einer Korrespondenzmeldung zufolge sind im Reichsfinanzministerium sieben weitere Ministerialräte in den einflussreichen Ruchstand versetzt worden. Für den 1. April 1927 ist — wie es in der Meldung ferner heißt — die Auflösung des Reichsfinanzministeriums am 1. April 1927, für das diesmal im Etat noch rund 500 Beamtenstellen vorgesehen sind.

Halbamtlich verlautet: In einem Teil der Presse wird der Vorwurf erhoben, daß die Personalvermehrung im Reichsfinanzministerium politische Zwecke verfolge. Demgegenüber wird mit allem Nachdruck erneut festgestellt, daß die Umwidmung des Ministeriums nach strenger Prüfung ihrer sachlichen Notwendigkeit lediglich nachgelassenen ist, um die für die Zentralstelle unerlässliche Stabilität der Organisation und Zusammenfassung der Arbeiten für die kommenden Aufgaben sicherzustellen. Nur unter diesen Gesichtspunkten steht auch die bei der Umwidmung eintretende Personalvermehrung. Die getroffenen Maßnahmen sind in keiner Weise von politischen Erwägungen beeinflusst.

### Zollfragen.

Der Handelspolitische Ausschuß des Reichstages hielt gestern eine Sitzung ab, um sich mit Handelsfragen und Zollfragen zu beschäftigen. Nach kurzer Aussprache wurde ein Antrag v. Kaumer (D.D.P.), Thomjen (Dn.) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten angenommen, der die Reichsregierung erwidert, die Vorkontingente und die Abrechnungskontingente in den ersten Tagen des Oktober mit den geltenden Zöllen in Abrechnungstellung zu bringen. Der Ausschuß beschloß sich dann mit dem Vorkontingent in Verbindung mit dem vorläufigen deutsch-schwedischen Handelsabkommen und nahm gegen die Stimmen der Kommunisten in erster und zweiter Lesung den Entwurf über die vorläufige Anwendung des vorläufigen deutsch-schwedischen Handelsabkommens ab 1. Oktober d. J. an.

### Zur Gefrierfleischfrage.

Der Ministerialdirektor Dr. Boyer-Schilling folgende Erklärung ab: Unfähig der Verhandlungen über den schwedischen Handelsvertrag zu beschließen, hat die Reichsregierung den Minister Dr. Haslender Anfang Juli d. J. im Ausschuß zugeführt, fünfzigtausend ein Kontingent von 10.000 Tonnen zollfreie Gefrierfleisch für den Monat auszugeben. Da nun für das am 1. Juli beginnende dritte Quartal 1926 bereits gemäß den für die frühere Kontingentverteilung maßgebenden Grunddaten rund 21.000 Tonnen verteilt waren, wurde für dieses dritte Vierteljahr ein Zusatzkontingent von 10.000 Tonnen verteilt, so daß tatsächlich für das dritte Vierteljahr 31.000 Tonnen verteilt worden sind. Nun war aber davon wegen der zunehmenden Knappheit an Gefrierfleisch im Juni schon eine Teilmenge zum Verbrauch im Juni ausgelassen worden. Da der Vorkontingent nicht durch einen Konsumrückgang in den Sommermonaten ausgleichbar ist und zurzeit tatsächlich eine Reihe von Städten über Verknappung ihrer Gefrierfleischvorräte sich beschwert, ist dieser Tage zum Ausgleich dieses für Juni vorkontingenten Kontingents eine Ausgleichmenge von 5.000 Tonnen verteilt worden mit der Wirkung, daß tatsächlich seit dem 1. Juli 10.000 Tonnen monatlich zur Verfügung stehen. Die gleiche Menge wird auch in Zukunft bereitgestellt werden. Für das vierte Quartal 1926 ist ein Kontingent von 30.000 Tonnen bereits ausgesetzt.

## 7. Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Die endgültige Tagesordnung für den 7. Parteitag der Deutschen Volkspartei, der vom 30. September bis zum 1. Oktober in Köln stattfinden wird, lautet wie folgt: Der Parteitag wird eingeleitet durch eine Tagung der Rändervertreter am 30. September, die sich mit der Frage des Finanzausgleichs, der Beamtenpolitik und mit Polizei- und Schulfragen beschäftigen wird. Am 1. Oktober findet eine Sitzung des Zentralvorstandes statt, außerdem sind Tagungen des Reichsausschusses, des Reichsausschusses für den Reichsarbeitsausschuss und des Reichsarbeitsausschusses für den Parteitag zusammen. Der eigentliche Parteitag beginnt am Sonntag, dem 2. Oktober, seinen Anfang. Auf der Tagesordnung steht für den ersten Tag ein großes Referat des Parteivorstandes, Reichsministers des Auswärtigen Dr. Stresemann, über die politische Lage. Der zweite Tag, der 3. Oktober, ist Fragen der deutschen Wirtschaftspolitik vorbehalten. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius wird einen Gesamtüberblick über die Lage der deutschen Wirtschaft geben. Darauf wird Reichsstaatsabgeordneter Cramm die Lage der Landwirtschaft behandeln, Reichsstaatsabgeordneter Bentzin die des gewerblichen Mittelstandes und Reichsstaatsabgeordneter Thiel die der Arbeiterbewegung. Am Montag findet dann ein gemeinsamer Besuch der Düsseldorfener Ausstellung statt.

## Espanische Abstimmung in Deutschland.

Uns wird geschrieben: Die Frage des Wahlergebnisses der Auslandsstimmen ist in den letzten Jahren wiederholt in der Öffentlichkeit behandelt worden. Es sollte nicht an Beweisen dafür, daß eine Abstimmung von Bürgern eines anderen Landes außerhalb der Staatsgrenzen dieses Landes möglich ist. Da erlich das nächste Kontinental in Berlin im Berliner Gesetzgebungen eine spanische Angelegenheit, das im spanischen Konsulat, Berlin, in der Roonstraße 6 am 11., 12. und 13. September in den Dienstleistungen im Ausland, das von der spanischen Regierung angeordnet sei, ausliegen. In der Eintragung in die Listen konnten sich alle Spanier beiderlei Geschlechts über 18 Jahren beteiligen. Die Abstimmung in Deutschland ist nicht so klein und damit die Abstimmung ganz unbedeutend, so die Statistik zeigt, so viel gehen, so ist die Wahl im Ausland nicht sehr bemerkenswert. Sie zeigt, daß eine solche Wahl durchaus möglich ist und damit auch die Abstimmung des Wahlrechts an die Millionen Auslandsdeutschen, die mit ihrer Wahlberechtigung im Ausland, das von der spanischen Regierung angeordnet sei, ausliegen. In der Eintragung in die Listen konnten sich alle Spanier beiderlei Geschlechts über 18 Jahren beteiligen.

Die Frage der Anerkennung der Sowjetunion durch die U. S. A. Die Londoner „Morningpost“ meldet aus Washington, erzwungene Anstrengungen würden von Handels- und Finanzkreisen unternommen, um eine Anerkennung der Sowjetregierung durch Amerika zuwege zu bringen, aber in ähnlichen Kreisen werde erklärt, daß keine Verhandlungen mit Rußland im Gange seien, und daß auch keine Verhandlungen in der unmittelbaren Zukunft erwartet würden.

### Ritter-Kaffee

Wird täglich frisch in unübertroffener Qualität  
Versand nach auswärts portofrei.  
Otto Noak Inh. Georg Ritter, StraÙe 12

## Die Ehe der Jutta von Eschingen.

Originalroman von Gertrud Rothberg.  
8 Fortsetzungen.  
Eschingen hand auf. „Gnädige Frau, ich weiß jetzt genau, was Miß Eichel erwidern wollte. Nicht der Jettener, der war nur ein Werkzeuge. Dieser Mensch wollte auch jetzt nur noch erfinden, was ich von Morlands für Nachrich bringen würde. Ich werde über Miß Eichel wissen, ich allein weiß jetzt, von welcher Seite die Gefahr droht. Sie, meine hochverehrten Herrschaften, bitte ich, mich mit dem Jettener ein Wörtchen reden zu lassen.“ Am letzten Augenblick erlosch Pfeiffers. Draußen lagte der Jettener auf einem der beiden prächtigen Pferde davon.  
„Schönen jagte mit Galgenhammer: „Nun ist der gute Kauf hinlänglich. Jetzt habe ich nur noch ein Pferd, und das habe ich gar bezahlt.“  
„Wohlweislich schickt man Ihnen das Pferd wieder, denn der Herr wollte Sie sicher nicht betrogen, er wollte nur eilig fort“, sagte Eschingen. Er verabschiedete sich herzlich. Bald darauf erlag er auf dem einsamen Wege, welcher zwischen hohen Weisfeltern hindurchführte. In Gebanten versunken zitt er dahin.  
Wenn er gemut hätte, daß die Vernehmung dieser Frau eine ganz andere war, dann hätte er wohl noch heute Morland züchtendlos die Wahrheit gesagt.  
Bald war er auf Morlands Wohnung angekommen. Zum ihm im entgegen. Er lag ab und schritt dann die Treppe hinauf zum Zimmer seines Freundes.  
Der junge Rinkler kam ihm entgegen.  
„Karl Heinz, ich kann das nicht länger ertragen, ich sollte wieder nach Rom gehen.“

„Eine Schönheit ersten Ranges“ flüsterte ein bekannter Fürstmann seinem Freunde zu. „Am anderen Ende der Tafel saß ein deutscher Großhändler mit Familie Platz genommen. Die runde Nase war das Urbild der sitzenden deutschen Frau. Die Tochter ein schwarzhaariger Mädchen mit rötlichen Gesicht und schönen schwarzen Augen. Der Sohn leuchtend auf den ersten Blick den deutschen Offizier. Hart und schlanke, das blonde Haar kurzgeschoren, das Gesicht braun gebrannt. Nur die rechte Hälfte der Stirn war weiß, dort, wo sonst der Mühenstreifen sah. Der Vater hatte die Neugeborenen zuerst gesehen. „Schö! mal“, sagte er, „was mögen das für Leute sein? Gute Gesellschaft, alle drei, das ist sicher. Die junge Dame gefällt mir. — Du brauchst nicht eifersüchtig zu sein“, quitierte er sofort den freudigen Blick der Gattin. „Und dir, Egon, werde sie ich ganz ernstlich, die junge Dame mit den Augen zu verdingen.“  
Der junge Offizier schüttelte lächelnd den Kopf. „Aber, Papa“, bereitigte er sich, „ich verdinge niemanden mit den Augen. Ich konzentriere nur eben, daß dort am anderen Ende des Messtischs saß ein Herr. — Jeder nimmt hier gewöhnlich einen Ehe der Rinkler hierher kommt, ich das Recht leer.“  
Herr Steffens junior sah sofort mit freudigen Blicken auf die Gäste. Einer schien ihm besonders viel genommen zu haben. Er nahm ihn eine ganze Weile klar auf sich. Schließlich stellte er das Servierbrett des gedigneten Dieners. Darauf bestand sich Tisch, und zwar noch in großen Mengen. Herr Steffens sah keinen Tisch. Er war nicht glücklich den Gästen die Mengen. Aber während puffed er den Sohn in die Seite und murmelte: „Inhaber Bengel.“  
Der Sohn aber, der gemut hatte, die hohe Familienoberkeit auf den Helm zu führen, der hatte in diesem in aller Ruhe das schöne Gesicht der jungen Dame direkt gemurmelt. Sein selbst

### 12. Kapitel.

In einem kleinen, feinen Familienhotel in Stockholm waten drei Reisende angekommen, die, als sie bei der gemeinsamen Tafel erschienen, das sofortige Interesse der anderen Gäste weckten. Ein kleiner, bewunderter Herr mit feinem, weißem Haar, einer goldgelben Krawatte auf der geschwungenen Nase, schloß das Wort. Die kleine, verwöhnte Gattin einer älteren Dame hatte etwas Verächtlichkeit, Mißgunst. Aber am meisten wurde die junge, schlanke, blonde Dame gemut. Sein selbst

entzündbares Solbatenbraten brannte lächerlich. „Das ist was für meines Vaters Sohn“, dachte er. Die so Bewunderte dachte keine Ahnung von dem Sturm, den sie entfachte. Keine Unterbrechung sah Jutta v. Eschingen, oder vielmehr Inge Stern, mit ihrer Begleitung.  
Herr von Engelen merkte mit der Kenntnis des mehrfachen Mannes wohl, welche Bewunderung sich Schilling erregte. „Ma wartet“, dachte er bereitwillig, „ich soll noch was erleben.“  
Den Gästen hatte es insofern keine Ruhe gelassen. Viele wurden Erfindungen eingeleitet.  
„Inge Stern?“ Doch nicht die Sängerin, die morgen das große Konzert gibt?“  
„Ja, die gleiche“, teilte der bestellte Ober mit. Reichliche Trinkgelber stellen in die blaue vorgetragene Hand. Natürlich gingen nun auch die in das Konzert, die bisher diese Musik nicht hatten. Augenblicklich wurden Karten telefonisch bestellt. Man strebte hinaus. Man mußte doch erzählen, daß die gleiche Sängerin, von der man allgemein so viel erwartete, hier im selben Hotel mitwohnte!  
„Und dann kam der Abend des Konzertes. In welcher Seite, die in welchen Rollen an der jugendlichen Gesellschaft, hierüberhört, fand Inge Stern auf dem Podium. In der ersten Kompositioner Stockholm sah wartend am Abgang. Inge Stern hand glitzernde Licht. Die dunkle Note am Auschnitt des Kleides schien zu atmen. Keine prächtigende fehte der Begleiter ein. Keine und sah entlang die junge triffallose Stimme. Inge sang ein deutliches Heilmittel, mit so heller Innigkeit, daß die Menschen atemlos lauschten.  
Am Abend Sonntag brach Inge, und Inge verneigte sich mit blauen Gesicht.  
Es folgten drei schwebende Lieber. Einer der Komponisten war amnest und nur außer sich vor Glück und Freude, daß sein Lied so vorgetragen wurde, wie er es sich einst erträumt,